



Homepage

Düsseldorf und Bielefeld, 25. Februar 2021

Zwei Anträge, ein Ziel: Präsenz-Unterricht für alle Schüler!

„Wir reichen erneut zwei Verfassungsbeschwerden beim Verfassungsgerichtshof des Landes NRW ein. Mit der ersten Klage, die noch im Laufe der Woche eingereicht wird, wollen wir erwirken, dass der Präsenzunterricht für Grundschul Kinder wieder täglich stattfindet“, so Stefanie Seifert von der Initiative *Klage für Bildung*. „Mit der zweiten Klage, die heute eingereicht wurde, kämpfen wir für den sofortigen Start des Präsenzunterrichts an weiterführenden Schulen für alle Schüler:innen.“ Die Verfahren werden stellvertretend für viele Millionen Kindern von einer Grundschülerin und zwei Schüler:innen der weiterführenden Schule geführt.

Ungleichbehandlung der unteren Jahrgänge

„Dass Schüler:innen der Abschlussklassen täglich wieder zum Unterricht kommen dürfen, sogar in voller Klassenstärke, die Schüler:innen der Klassen 5 bis 9 aber keine Perspektive für eine Rückkehr in den Klassenraum erhalten, ist eine grobe Ungleichbehandlung, die nicht mit Art. 3 GG zu vereinbaren ist“, sagt Dr. Nicole Reese von der Initiative. „Besonders schlimm finde ich dies vor dem Hintergrund, dass die Politik wieder nicht Wort gehalten hat, und Friseursalons, Fußpflegepraxen und Baumärkte öffnet, anstatt alle Schulen.“

„Für alle Unterrichtsstufen ist der Präsenzunterricht die Unterrichtsform der Wahl. Beim Distanzunterricht, der sicher schon besser funktioniert als beim ersten Lockdown, gibt es nach wie vor neben technischen Schwierigkeiten jedoch immer wieder Probleme mit der Qualität des Distanzunterrichts. Dies liegt unserer Auffassung daran, dass der Distanzunterricht an den Schulen sehr unterschiedlich organisiert wird und sehr stark von dem individuellen Engagement der Lehrkräfte abhängt. Dies führt zu weiteren Ungerechtigkeiten und gerade sozial benachteiligte Kinder und leistungsschwächere Schüler:innen werden somit immer weiter abgehängt“, sagt Nele Flüchter von der Initiative.

„Während Oberstufenschüler:innen, die sich ja freiwillig in der Schule befinden, und Abschlussklassen vollständigen Präsenzunterricht erhalten, sitzen Schüler:innen der Erprobungsstufe 5 und 6 zu Hause,



die teilweise erst seit ein paar Monaten an der weiterführenden Schule sind und ihre Klassenkamerad:innen noch gar nicht richtig kennenlernen konnten. Diese müssen schleunigst wieder vor Ort unterrichtet werden, sonst droht uns eine Bildungskatastrophe“, so Kathrin Dewender, Psychologin und Mitglieder der Initiative.

Wechselunterricht potenziert den Bildungsverlust

Klage für Bildung hält darüber hinaus den Wechselunterricht an Grundschulen für zu kompliziert in der Umsetzung und zur Eindämmung der Pandemie kaum geeignet. Letztlich liegt es an den räumlichen Bedingungen, den personellen Möglichkeiten und dem Organisationstalent der Schule, wie viele Stunden Unterricht jede:r einzelne Schüler:in erhält. „Während manche Schulen täglichen Unterricht für alle Schüler:innen stundenweise anbieten, haben andere Schüler:innen nur an zwei Tagen Präsenzunterricht. Das Schulministerium hat den Schulen zu viel Freiraum gelassen. So wird Bildung zum Glücksspiel. Da zeitgleich zum Präsenzunterricht die Notbetreuung für Schüler:innen mit Distanztag in der Schule stattfindet, sind bis zu drei Viertel der Schüler:innen täglich vor Ort. In der Notbetreuung werden die Kohorten wieder neu gemischt. Somit ist Wechselunterricht kontraproduktiv für den Infektionsschutz“, stellt Dr. Nicole Reese fest.

Die Bedürfnisse der Kinder bleiben bei diesem Modell weitestgehend auf der Strecke, die Kinder müssen trotz Einhaltung des Mindestabstandes den ganzen Tag eine Maske tragen. Hier wird ein strengerer Infektionsschutz vollzogen als bei jedem Arbeitnehmer. Ganz zu schweigen davon, dass es zu Pausenregelungen für die Pausenzeiten keine verbindlichen Vorgaben gibt und hier reine Willkür herrscht.

„Wir halten eine umgehende Rückkehr zur Vollpräsenz für Grundschulkindern für zwingend notwendig. Für die Schüler:innen zählt nach sieben Wochen Distanzunterricht und nach dem Unterrichtsverlust im Frühjahr jeder einzelne Schultag! Aus Untersuchungen zur Situation aus dem ersten Lockdown wissen wir, dass sich die Lernzeit im Homeschooling halbiert. Wie sollen die Schüler:innen das jemals wieder aufholen?“, zeigt sich Nele Flüchter von der Initiative besorgt.

#Laut für Familien

Wer sind wir?

#Lautfürfamilien ist ein Zusammenschluss von Eltern, die eine überparteiliche Lobby für Familien in Deutschland bilden.



Gegründet wurde das Bündnis #LautfürFamilien von Gründungsmitgliedern der Initiative „Familien in der Krise“ und den Mitgliedern der Gruppe „Klage für Bildung“.

Unser Ziel ist es, die Rechte von Familien und Kindern während der Corona-Krise einzufordern.

Als Eltern unterschiedlichster Professionen engagieren wir uns ehrenamtlich, unabhängig und überparteilich für die Bedürfnisse und Rechte von Familien, Kindern und Jugendlichen.

Wir setzen uns u. a. für eine differenzierte Öffnung von Schulen und Kitas ein, um das Recht auf Bildung, Kinderschutz sowie Teilhabe und Chancengleichheit und Kinderschutz sicherzustellen.

Durch zahlreiche Demonstrationen, Petitionen, Statements sowie Aktionen konnten wir auf die Situation von Familien aufmerksam machen. Daraus resultierten zahlreiche Gespräche mit führenden Politiker:innen aus Bundes- und Landespolitik sowie ein breites Medienecho.

Familien in der Krise - Landesgruppe NRW und Klage für Bildung sind zwei aktive Initiativen, die sich im Zuge der Corona-Krise im Mai 2020 bzw. Januar 2021 gegründet haben. Seit dem 02.02.2021 setzen wir uns in Nordrhein-Westfalen nun gemeinsam #LautfürFamilien für eine differenzierte Öffnung von Schulen und Kitas, das Recht auf Bildung, Kinderschutz, Teilhabe und Chancengleichheit sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

E--Mail: nrw@lautfuerfamilien.de

<https://lautfuerfamilien.de>